

MANEO+

S. 6
Opferhilfe

**GEWALTSCHUTZAMBULANZ
DER CHARITÉ**

S. 10
Was ich erlebt habe

**„DENN SIE WISSEN
NICHT, WAS SIE TUN“**

S. 24
Tolerantia Awards 2018

DIE PREISTRÄGER

S. 2
Kick-off

STOPP HOMOPHOBIE



Botschafter Italienischer Küche



Topstory KICK-OFF DER MANEO-AKTION

STOPP HOMOPHOBIE SOLIDARISCH FÜR VIELFALT UND GEGEN HASS

Der Regenbogenkiez ist ein integrativer Ort, in dem Vielfalt als Bereicherung und nicht als Bedrohung wahrgenommen werden soll. Homo- und trans*phobie, antisemitische – wie erst kürzlich wieder vorgefallen – oder rassistische Einstellungen haben hier nach dem Willen vieler Gewerbetreibenden und Bewohner*innen nichts zu suchen. Das hat die letzte Unterschriftenaktion von MANEO – eine Solidaritätsbekundung für das Restaurant **Feinbergs** (siehe MANEO+ Newsletter #24) – eindrucksvoll gezeigt. Nun wird nachgelegt.

Der Regenbogenkiez

Die Strahlkraft des Regenbogenkiezes in Schöneberg ist national und international groß und zieht jedes Jahr viele Touristen an, nicht nur aus dem LSBT*-Bereich. Trotz seiner touristischen Beliebtheit ist dieser Kiez immer noch attraktiv für kleine und mittlere Gewerbe und Anwohnende. Wer durch die vielen Seitenstraßen läuft, entdeckt unzählige kleine Läden. Whiskyhandlung, Optiker, Bike-Shop, Antiquitätenhändler, Inneneinrichter oder Boutiquen für Damen, Herren und andere. Sie sind genauso selbstverständlich wie die Bars, Cafés und schwulen Sexkinos – das hat keine Shopping-Mall der Welt. Die Umgebung bietet für LSBT* wirklich viel. Von der Bandbreite der gastronomischen Einrichtungen ganz zu schweigen – Hafen und Heile Welt als Anlaufpunkte für LSBT* oder die Nachbar und Green Door als Cocktailbars, die sich nicht

explizit an LSBT* richten. Trotzdem gibt es hier Austausch. Niemand soll ausgeschlossen werden, auch wenn in ein paar Läden „mann“ lieber für den Abend unter sich sein möchte.

Der Regenbogenkiez ist bunt und vielfältig. Menschen, die hier leben, arbeiten oder den Kiez besuchen, sind hinsichtlich ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung bzw. Identität verschieden. Der Regenbogenkiez hat Platz für alle, er ist inklusiv. Menschliche Potentiale werden von sehr vielen Menschen als Bereicherung erlebt. Toleranz und Vielfalt können sich zudem positiv auf das Geschäft auswirken, gerade bei der Internationalität.

Intoleranz ist eine Gefahr für den Kiez, die uns nicht sprachlos machen darf.

Dennoch ereignen sich auch im Regenbogenkiez vorurteilsmotivierte Gewalttaten, gerade auch homophobe, gegen Schwule gerichtete Taten, oder, wie kürzlich geschehen, gegen den Inhaber des israelischen Restaurants Feinberg's in der Fuggerstraße. Gerade vor kurzem sind neue Fälle von antisemitischen Drohungen gegen das Restaurant bekannt geworden. Von dem Video, das der Betreiber des Feinberg's von der unsäglichen antisemitischen Attacke durch einen Passanten Ende 2017 ins Netz stellte, ganz abgesehen. Unabhängig davon, ob diese Taten aus Homophobie, Trans*phobie, Antisemitismus oder Rassismus begangen werden, sie sind, so wie auch alle anderen Formen von Gewalt und Kriminalität, für den Kiez unerträglich. Denn sie bedrohen die Menschen und die Prinzipien der Vielfalt des Kiezes. Deswegen initiierte MANEO – quasi als Sofortmaßnahme – die Unterschriftenaktion als Ausdruck von Solidarität für das Restaurant Feinberg's (wir berichteten). Der Restaurantbetreiber zeigte sich „beeindruckt“, weil diesen aggressiven Beschimpfungen und Gewaltandrohungen ein beeindruckendes und ‚gewaltfreies‘ Zeichen entgegen gestellt wurde und der Kiez nicht sprachlos blieb.

Der Schlüssel kann Solidarität sein.

Deshalb muss sich auch ein bunter Ort wie der Regenbogenkiez gegen Vorurteile und Hass weiter verteidigen. Mehr Solidarität kann der Schlüssel sein, denn Solidarität stärkt eine Gesellschaft oder festigt eine Gruppe. Solidarität ist einerseits der Zusammenhalt, der eine Gesellschaft oder den Teil einer Gesellschaft aufwertet und sie im Kampf gegen schädliche Einflüsse empowert, und andererseits die Bereitschaft füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen.

Ziel muss es sein, für mehr Solidarität zu werben, Solidarität in der Nachbarschaft sichtbar und deutlich zu machen, dass man sich gegenseitig hilft.

Dazu gehören außerdem immer wieder sichtbare Zeichen. Sie sollen die Botschaft leicht verständlich transportieren. Jeder kann beispielsweise etwas ins Fenster kleben und zum Ausdruck bringen: Wir dulden weder Homophobie, Rassismus, Antisemitismus noch jeglichen Hass in unserer Nachbarschaft. Jede*r ist willkommen, wer Gleichberechtigung, Toleranz und Respekt akzeptiert.

Sichtbar gegen Menschenhass

Nach der Solidaritätsaktion für das Restaurant Feinberg's geht MANEO einen Schritt weiter und präsentiert nun einen neuen Aufkleber, der in Läden des Kiezes in Schaufenstern oder Eingangstüren geklebt werden kann. Er trägt die Aufschrift „Stopp Homophobie“, außerdem den Hinweis „Stop Homophobia, Trans*phobia, Racism, Antisemitism, all kind of Hate.“ Denn jede Ausprägung vorurteilsmotivierter Gewalt sind Formen desselben Phänomens: Menschenfeindlichkeit. Mit dieser Aktion soll ein Zeichen von Solidarität mit Menschen bekundet werden, die ebenfalls von Diskriminierung betroffen sind – will sagen: „Ihr seid nicht allein, ihr kämpft nicht allein.“

Der Aufkleber vermittelt außerdem Hilfe für Betroffene. Die Mitarbeitenden und Betreiber*innen der Geschäfte erklären sich bereit, betroffenen Menschen dabei zu helfen, die Polizei zu verständigen, damit Anzeige erstattet werden kann. Und schließlich wird mit dem Aufkleber auch der Kontakt zu MANEO vermittelt, wo sich Betroffene beraten lassen können, um auch Kontakte zu weiteren zielgruppenspezifischen Beratungsangeboten zu finden.

Der Regenbogenkiez will sich mit der Aktion wehrhaft zeigen.

Foto: MANEO-Aufkleber im Regenbogenkiez



DIE GEWALTSCHUTZ- AMBULANZ DER CHARITÉ



Frau Dr. Saskia Etzold ist Oberärztin und stellvertretende ärztliche Leiterin der Gewaltschutzambulanz, der rechtsmedizinischen Untersuchungsstelle der Charité - Universitätsmedizin Berlin. Am 17. Februar 2014 wurde mit finanzieller Unterstützung der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz die Gewaltschutzambulanz in der Birkenstraße in Moabit eröffnet. Mit dem nachfolgenden Interview stellen wir die Einrichtung vor.

Frau Dr. Etzold, was ist eine „Gewaltschutzambulanz“?

Die Gewaltschutzambulanz ist eine Einrichtung der Charité. Sie heißt ‚Ambulanz‘, weil hier Menschen nicht stationär behandelt oder geheilt werden, hier werden ihre Verletzungen fotodokumentiert und genau beschrieben. Wenn es zu einer Gerichtsverhandlung kommt, erläutern wir vor Gericht, wie sie entstanden sind, damit eine objektive rechtsmedizinische Bewertung in einem Strafverfahren zur Verfügung steht. Bei uns arbeiten sechs Ärztinnen, ausschließlich Frauen, weil zu uns überwiegend weibliche Opfer kommen, die von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffen sind und lieber von einer Frau behandelt werden wollen. Aber auch Männer kommen zu uns. Zusätzlich sind noch drei Verwaltungsmitarbeiterinnen bei uns tätig. Alles wird von der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz finanziert.

Wenn Menschen eine Gewaltstraftat erlitten haben und verletzt wurden, gehen sie gewöhnlich ins Krankenhaus oder zu einem Arzt. An welcher Stelle empfehlen Sie einem Patienten die Gewaltschutzambulanz aufzusuchen?

Generell, wenn ein Gewaltopfer nach einer Gewalttat Verletzungen aufweist und Beschwerden hat, bitte erst einmal ins Krankenhaus oder zu niedergelassenen Ärzten, denn, wie gesagt, wir können nicht medizinisch versorgen. Im Unterschied zu den genannten medizinischen Versorgungseinrichtungen dokumentieren wir in der Regel viel genauer: Wir fertigen hier gute Fotos, wir erstellen eine exakte schriftliche Dokumentation, wir sind vor Gericht sehr erfahren und können unsere Ergebnisse dort gut vertreten. Ein Beispiel: ein Chirurg erkennt die Verletzung und überlegt, wie er sie behandeln kann, aber nicht, wie sie genau entstanden ist. Wir machen uns Gedanken, wie die Verletzung entstanden ist. Ein Rechtsmediziner wird darin ausgebildet, aus der entstandenen Verletzung zu lesen, was passiert ist. So sind wir dafür eher ungeeignet, eine Verletzung, die genäht werden muss, zu nähen. Oder so erklärt: In der Regel beschreibt ein behandelnder Arzt sehr viel genauer blaue Flecken am Auge, weil er hier vielleicht Röntgen oder operieren muss, als die blauen Flecken am Hals. Für den Rechtsmediziner wären sehr viel relevanter die blauen Würgemale am Hals, denn diese sind geeignet, ein Leben zu beenden.

Foto: Dr. Saskia Etzold, Oberärztin und stellvertretende ärztliche Leiterin der Gewaltschutzambulanz, der rechtsmedizinischen Untersuchungsstelle der Charité - Universitätsmedizin Berlin

In der Regel kommen wir am gleichen Tag, spätestens am nächsten Tag. Was nicht funktioniert ist, dass man bei uns anruft und fünf Minuten später sitzen wir im Auto. Wir kommen auch nur zu unseren Öffnungszeiten und nicht in der Nacht. Unsere Öffnungszeiten sind Montag bis Freitag von 08:30 Uhr bis 15 Uhr.

Bei akuten Verletzungen gilt es erst einmal, die Notaufnahme oder einen niedergelassenen Arzt aufzusuchen. Wenn jemandem aufs Auge gehauen wurde und er sieht Lichtblitze oder eine schwarze Wand, würden wir auch erst einmal nur sagen, dass die Person sich umgehend in ärztliche Behandlung begeben soll. In der Regel dauert es auch einen Tag, bis die Verletzung voll sichtbar geworden ist, insofern reicht es auch aus, den Patienten am nächsten Tag zu sehen.

Es heißt, die Untersuchungen sind kostenfrei. Auch die Diagnose zum Mitnehmen? Betrifft das alle Menschen, die zu ihnen kommen, also auch Menschen aus dem Ausland oder die keine Versicherungskarte bei sich haben?

Die Arbeit, die wir machen, ist komplett kostenfrei, sie bekommen hier keine Rechnung anschließend zugeschickt. Was wir brauchen ist ein Dokument, das ihre Identität nachweist. Wir müssen lediglich wissen, wer wirklich uns gegenübersteht, um gegebenenfalls später auch zu bestätigen, dass die Person X auch wirklich die Verletzungen hatte, die wir gesehen haben. Sie bekommen, wenn sie es wünschen, einen Bericht und Fotos zugeschickt. Wenn sie es nicht wünschen, können die Unterlagen bei uns zehn Jahre lagern und zu einem späteren Zeitpunkt übermittelt werden. Sollte ein Gericht in einem Strafverfahren noch einmal ein rechtsmedizinisches Gutachten in Auftrag geben, dann wäre das kostenpflichtig, würde jedoch vom Gericht bezahlt. Zu keinem Zeitpunkt entstehen der geschädigten Person Kosten.

Gehen sie zur Begutachtung auch außer Haus? Wie flexibel sind Sie?

Ja, diese Möglichkeit besteht. Wir gehen jedoch nur zu offiziellen Stellen, nicht in private Wohnungen, weil dort unser Personal nicht versichert ist. Wenn jemand schwer verletzt in einem Krankenhaus liegt, dann fahren wir auch ins Krankenhaus. Wenn jemand sagt, ich traue mich nicht in die Gewaltschutzambulanz, ich bleibe in der Beratungsstelle, beispielsweise in einem Frauenhaus, dann kämen wir auch zur Beratungsstelle, auch zu MANEO. Wir fahren auch zur Polizei, wenn das gewünscht wird.

Wird Ihr Angebot genutzt?

Ja, es wird gut genutzt. In den ersten vier Jahren haben sich über 2500 Betroffene an die Einrichtung gewandt. Zu uns können alle Menschen kommen, die aufgrund einer Gewalttat sichtbare Verletzungen erlitten haben. Wir haben keine Möglichkeit, psychische Gewalt zu dokumentieren oder zu diagnostizieren, oder auch innere Verletzungen. Deshalb geht die medizinische Erstversorgung immer vor. Blutende Wunden gehören in die Rettungsstelle. Die ärztlichen Berichte bitten wir dann zu uns mitzubringen, weil wir sie in unseren Bericht einarbeiten und auch übersetzen, weil die medizinische Sprache von den Ermittlungsbehörden oft nicht verstanden wird.

Vielen Dank für das Interview.

STOPP HOMOPHOBIE



- ▶ OPFERHILFE / VICTIM SUPPORT
- ▶ MELDESTELLE / REPORTING POINT
- ▶ GEWALTPRÄVENTION / VIOLENCE PREVENTION
- ▶ ENGAGEMENT / EMPOWERMENT

Was ich erlebt habe

„DENN SIE WISSEN NICHT, WAS SIE TUN“

Willi, 77 J., Berlin

Mit unserer Aktion ‚Was ich erlebt habe‘ möchten wir LSBT* einladen, uns eine reale, kurze Geschichte über ein Ereignis aus ihrem Leben aufzuschreiben, also was sich zugetragen hat und wie es erlebt wurde. Eingeladen sind auch deren Eltern und Geschwister, über ein persönliches Erlebnis oder eine Beobachtung zu erzählen, die sie mit ihren LSBT*-Kindern bzw. -Geschwistern gemacht haben. Hier veröffentlichen wir eine weitere Geschichte.

Mein Freund hieß Klaus. Er war 17 Jahre alt und Lehrling bei Karstadt in Lehe. Ich erinnere mich noch, wie ich ihn an einem späten Nachmittag im Frühjahr 1961 hinter dem Schaufenster sah und dabei beobachtete, wie er Auslagen platzierte und den Bereich dekorierte. Er hatte sich Sachen, die für die Schaufensterpuppen vorgesehen waren, teilweise selbst angezogen und tuckte damit hinter dem Fenster herum. Das faszinierte mich. Wir sahen uns zum ersten Mal. Ich war damals 19 Jahre alt und machte in dieser Zeit eine Ausbildung zum Koch an der Columbuskaje in Bremerhaven.

Ich wartete vor dem Geschäft, bis er Feierabend hatte. Wir wussten sofort, dass wir uns näher kennen lernen wollten. Also beschlossen wir, zusammen ins Aki-Kino zu gehen. Zu der Zeit wurden in einem solchen Kino rund um die Uhr Filme und Nachrichten gezeigt. Es kostete damals 1 D-Mark und wir konnten im Kino bleiben solange wir wollten. Wir sahen uns den Film „Denn sie wissen nicht, was sie tun“ mit James Dean an, gleich zwei Mal hintereinander. Bei dieser Gelegenheit konnten wir zusammensitzen und miteinander Kuseln. Er war unheimlich nett und ich mochte ihn gleich.

Er berichtete mir, dass seine Mutter als Stewardess auf der ‚Bremen‘ arbeitete. Sein Vater war im Krieg gefallen, weshalb er mit seiner Mutter alleine wohnte. Sie hatten ein eigenes Häuschen in Lehe. Und weil die Mutter oft auf dem Schiff unterwegs war, war er viel alleine zu Hause. Also trafen wir uns viel bei ihm und unternahmen auch eine Menge gemeinsam. Es war für uns eine sehr schöne Zeit. Für mich war das meine erste Beziehung und auch für ihn war ich sein erster Freund.

Wir waren gut ein Jahr lang zusammen, mussten aber ständig aufpassen. Denn unsere Beziehung und unsere Liebe waren damals verboten. Mir war bewusst, was passieren konnte.

Trotzdem gab es in Bremerhaven bereits drei Kneipen, wo sich Schwule trafen. Sie hießen ‚bei Rudi‘, ‚Popogäns‘ und ‚bei Jutta‘. Jutta war für uns alle wie eine Mutter. In die Bars sind wir öfters zusammen hingegangen. ‚Bei Rudi‘ habe ich übrigens damals auch Siegfried und Roy kennen gelernt.

Dann hatte ich Klaus einen Liebesbrief geschrieben, weil ich arbeiten musste und ihn nicht sehen konnte. Und diesen Brief hatte dann seine Mutter gefunden. Danach wurde es richtig schlimm. Sie hat Anzeige bei der Polizei erstattet. Die Polizei hatte mich in Handschellen abgeführt und ich kam sofort ins Gefängnis. Besonders schlimm waren für mich die Verhöre, weil ich gezwungen wurde, vor fremden Leuten unser gesamtes Intimleben auszubreiten, alles bis ins Detail über uns erzählen musste. Mir ging es dabei richtig schlecht.

Drei Tage war ich in dem ersten Gefängnis. Was keiner wusste war, dass einer der Wärter an mir Interesse zeigte. Fürs Essen ließ ich ihn dann an mich ran. Danach ging es ins Gefängnis nach Stade, von dort nach Bremen, dann nach Otterndorf. In Gefängnisautos wurde ich von Gefängnis zu Gefängnis herumschickt. Insgesamt war ich etwa ein halbes Jahr in der Jugendstrafanstalt. Ich muss sagen, dass mich diese Zeit sehr belastet hat.

Am 17. März 1962 hat mich meine Mutter aus dem Knast abgeholt. Zuerst wollte sie nicht, dann hat sie es doch gemacht. Mein Großvater hatte Beziehungen spielen lassen, sodass ich innerhalb einer Woche meinen Reisepass und mein Seefahrtsbuch in der Hand hatte und mit der ‚Berlin‘ in See stechen konnte. Es war für mich ein riesen Glück. Später wechselte ich als Koch auf die ‚Bremen‘, wo ich überraschenderweise Klaus‘ Mutter wiedersah, die auf dem Schiff ebenfalls arbeitete. Wir haben uns nur einmal gesprochen. Sie hat mir vorgeworfen, dass ich ihr gesamtes Leben kaputt gemacht habe. Offensichtlich hatte sie für Klaus klare Pläne, die jedoch nicht in Erfüllung gegangen sind. Das war die einzige Unterhaltung, die ich während der Fahrt mit ihr führen konnte. Wir sahen uns zwar, sie redete aber nicht mehr mit mir.

Klaus habe ich nie wieder gesehen, auch nicht bei meiner Gerichtsverhandlung. Die Mutter hatte darauf bestanden, dass mir ein Verbot erteilt worden war, dass ich mich ihm nie wieder nähern durfte. Später habe ich ihm mal einen Brief geschrieben, aber nie eine Antwort erhalten. Mein Brief hat ihn wahrscheinlich nie erreicht. Ich musste mich damit abfinden.

Gewaltprävention

„MEINE BESONDERE AUFMERKSAMKEIT GILT DEM SCHUTZ VOR KRIMINALITÄT“

Interview mit Polizeihauptkommissar Rocco Röske vom Polizeiabschnitt 34 der Direktion 3 in Berlin. Er ist auf dem Polizeiabschnitt LSBT*-Multiplikator, außerdem zuständig für den Bereich Prävention und Öffentlichkeitsarbeit.



Foto: PHK Rocco Röske, LSBT*-Multiplikator, Polizeiabschnitt 31/ Direktion 3

Frage: Der Polizeiabschnitt 34 liegt in der Straße Alt-Moabit, neben dem neuen Bundesinnenministerium bzw. gegenüber vom Hauptbahnhof. Sie sind mit Ihrem örtlichen Abschnitt zuständig für den Großen Tiergarten. Wenn Anzeigen erstattet werden, die den Großen Tiergarten betreffen, erhalten Sie darüber Kenntnis. Mit welchen Anzeigen haben Sie es zu tun?

Rocco Röske: Für die polizeiliche Sicherheitsproduktion sind Information und Kommunikation unabdingbar. Ich erhalte Kenntnis von Strafanzeigen im Rahmen der permanenten Erfassung und täglichen Bewertung der sog. K-Lage. Im gesamten Großen Tiergarten betreffen Strafanzeigen in unterschiedlicher Quantität/Qualität vor allem Sachbeschädigung, Beleidigung, Diebstahl mit und ohne Gewalt, illegale Drogen, Körperverletzung, Sexualstraftaten, Hate Crimes und sogar ein Mordfall letztes Jahr im Bereich Schleusenweg.

Sie erwähnen Hate Crimes. Meinen Sie damit Übergriffe auf Cruiser? Haben Sie für uns Zahlen aus dem letzten Jahr und um welche Deliktformen geht es dabei konkret?

Ja, denn anders als heterosexuelle Swinger sind Cruiser noch immer verbalen und/oder körperlichen Attacken ausgesetzt. Gelegentlich verschmilzt Homophobie mit materiellen Motiven. So wurden Parkbesucher 2017 wegen ihrer sexuellen Identität/Aktivität angegriffen und beklaut. Es gab 10 entsprechende Ermittlungsverfahren. Aber: Weder outen sich homophobe Täter gern gegenüber der Polizei, noch gibt es ein Cruising-Kataster. Überdies haben schwule Geschädigte eine verfolgungshistorisch erklärbare Skepsis der Institution Polizei gegenüber. Ich gehe insofern von einer statistischen Unschärfe zu Gunsten prädestinierter Taten (2017: 63 Körperverletzungen, 20 Raubtaten, 22 Beleidigungen) aus.

Seit 2-3 Jahren wird die Cruising-Szene zudem von illegaler Prostitution unter Druck gesetzt. Das führt zu Spannungen, weil Cruiser sich nicht für Geld treffen. Tauchen im Cruising-Gebiet aber minderjährige Prostitutionsanbieter auf, entsteht sogar Hochspannung. Denn es gibt keinen polizeilichen Spielraum, wenn es um sexuellen Missbrauch von Kindern (2017: 5 Ermittlungsverfahren) geht. Und käuflicher Jugendsex (2017:

14 Ermittlungsverfahren) ist gleichermaßen strafbar. 2018 zeigen hier die polizeilichen Maßnahmen erfreulicherweise erste Wirkung.

Übrigens: Im Großen Tiergarten ist die gewerbliche Nutzung, d. h. auch die altersmäßig legale Prostitution durch Volljährige, generell **nicht** zulässig und wird pflichtgemäß durch Ordnungsamt und Polizei verfolgt. Auch gut zu wissen: Überall, wo Prostitution tatsächlich – legal oder illegal – stattfindet, hat die Polizei gemäß ASOG § 21 (2) Nr. 1 b) die willkürfreie aber jederzeitige Befugnis, ohne konkreten Verdacht dort aufhältige Personen, das Gepäck und die Fahrzeuge zu kontrollieren.

Was leistet die Polizei präventiv? Welche Maßnahmen führt die Polizei derzeit konkret im Großen Tiergarten durch?

Regelmäßig überprüfen Funkwagen-Teams die bekannten Tatörtlichkeiten und führen Kriminalitätsgefahr abwehrende Kontrollen durch. Die Streifentätigkeit wurde verstärkt. Anlassbezogen sind wir gemeinsam mit der Kommune (Ordnungsamt) vor Ort. Im Einsatz sind auch Zivilbeamte verschiedener Fachdienststellen, z. B. aus Rumänien, um Anbieter illegaler Sexdienstleistungen und Konsumenten (Nicht-Cruiser) zu ermitteln. Wir gehen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz nach und observieren Tatortbereiche im Großen Tiergarten, in denen Parkbesucher schon angegriffen und/oder beklaut wurden.

Und wir schauen in Sachen Staatsschutzdelikte nach dem Rechten. Wenn AGG¹-Schutzpersonen durch homophobe Angreifer verbal oder körperlich bedrängt werden, wollen wir rechtzeitig eingreifen. Dabei sind wir auch auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Zeugen und Geschädigten angewiesen. MANEO leistet hier wertvolle und professionelle Schnittstellenarbeit. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich.

Hate-Crime-Prävention ist in der Polizeidirektion 3 (Mitte) und auf allen Polizeiabschnitten (31-36) strukturell verankert. Nach dem LKA-Vorbild gibt es auch hier LSBTI-Ansprechpersonen.

Methodisch geht es um interdisziplinäre Netzwerkarbeit und kontinuierlichen Fachaustausch. Selbstverständlich sind wir dabei, wenn es um die spezifischen Belange im Großen Tiergarten geht und MANEO zu entsprechenden Gesprächsrunden einlädt. Aber auch im Rahmen der städtebaulichen und kommunalen Kriminalprävention beteiligt sich der A 34, z. B. am regelmäßig stattfindenden Runden Tisch Hansaviertel. Soweit die bei den sog. Tiergartendialogen vom Berliner Senat erstellten Pläne die polizeiliche Beteiligung vorsehen, stellen wir sie sicher.

Meine besondere Aufmerksamkeit gilt dem Schutz vor Kriminalität. Ich registriere deshalb bereits „kleinere“ Probleme, z. B. wilde Müllentsorgung, plattgemachte Bodenflora oder unerlaubte Fehlnutzung. Und wirke an interdisziplinären Lösungen mit, die den Dominoeffekt zur Kriminalität vermeiden helfen.

Last but not least sucht die Polizei Berlin das gemeinsame Vor-Ort-Gespräch mit den Parknutzern, wie beispielsweise am 20. Juni 2018 anlässlich der stadtweiten Initiative ‚Sicher feiern‘ der Polizei Berlin. Von 19 - 22 Uhr waren wir mit Informationstisch und knapp 20 Leuten – Polizeibedienstete, Vertreter vom Stadtbezirk und MANEO-Akteure – im Großen Tiergarten unterwegs und haben nicht nur mit Spaziergängern, Joggern und Radfahrern sondern vor allem auch mit Cruisern gesprochen (siehe MANEO-Newsletter #24).

Welche weiteren Maßnahmen sind angedacht und mit welchem Ziel?

Weil Sauberkeit und Ordnung wichtig sind für Aufenthaltsqualität und Verweilattraktivität, soziale Kontrolle und Sicherheit im Großen Tiergarten, beteiligen wir uns als Polizei auch an öffentlichkeitswirksamen Müllsammelaktionen, einschl. „DNA-Sicherung“. Zum Ende der diesjährigen Saison 2018 haben wir uns bereits erneut verabredet. Die Kooperation mit MANEO macht's möglich. Perfekt!

Beim Bezirksamt Mitte ist zukünftig eine offene Koordinierungsrunde für den Großen Tiergarten im Gespräch. Der A 34 wird sich hier entsprechend einbringen und möchte dabei auch die Zusammenarbeit mit MANEO weiter entwickeln. Aus präventionspolizeilicher Fachsicht halte ich die Prüfung von Verbesserungspotentialen zur Behebung vorhandener Schwachstellen für sinnvoll, z. B. Oswald-Schumann-Platz (Toilette).

Vielen Dank für das Interview.

¹) AGG steht für Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz.

KEIN SCHUTZRAUM FÜR GEWALTÄTER*INNEN - DER ÖFFENTLICHE NAHVERKEHR



Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs sind keine Schutzräume für Täter*innen. Wenn es passiert und man Opfer einer Gewalttat geworden ist, hat man meist einen entscheidenden Vorteil gegenüber den Täter*innen: der Vorfall wurde mit Video aufgezeichnet. Das kann die Ermittlung von Täter*innen erleichtern und Betroffenen Handlungsmöglichkeiten in konkreten Gefährdungssituationen eröffnen.

Viele kennen es: Um ein wenig Entspannung und Zerstreuung zu suchen, geht jede*r gern mal aus – ob nun in eine einschlägige Bar oder einen Club. Dafür wollen wir uns manchmal auch ein bisschen schick machen. Ein bisschen Glitter geht immer! Im Bus oder in der Bahn kann es dann manchmal zu einem Spießbrutenlauf oder gar gefährlich werden. In der Opferhilfearbeit von MANEO gibt es immer wieder Fälle, in denen LSBT* aufgrund ihrer Sichtbarkeit Opfer von homophoben Übergriffen geworden sind. In unserer Vor-Ort-Arbeit auf Partys und in Bars hören wir regelmäßig Schilderungen von Besucher*innen, die uns von angsteinflößenden und auch handgreiflichen Situationen erzählen. Auf die Frage, ob sie die Vorfälle angezeigt haben, sehen wir dann häufig Kopfschütteln. „Die Polizei findet den Täter eh' nicht“, kommt oft als Argument. Das stimmt aber oft so nicht.

Die Bahnhöfe und Bahnen werden videoüberwacht

Eigentlich ist der Begriff „Videoüberwachung“ nicht das treffende Wort. Es ist nicht in dem Sinne gemeint, dass dort 24 Stunden an 7 Tagen pro Woche eine Person zuschaut, wie es in den Bahnhöfen und Bahnen so zugeht. Die Bilder der Videokameras werden aber aufgezeichnet und es gibt BVG-Mitarbeiter*innen, die sich durch die Live-Aufnahmen schalten und anlassbezogen einzelne Bahnhöfe überwachen – den Bahnhof Olympiastadion bspw. bei Heimspielen von Hertha BSC. Die

Überwachung findet engmaschig statt. Es werden also alle U-Bahnhöfe und so gut wie alle Waggons „videoüberwacht“. Wenn man Opfer von Gewalt geworden ist, sei die Chance hoch, dass es Aufnahmen von den Täter*innen gibt, erläutert Markus Falkner, stellvertretender Pressesprecher der BVG.

Nur 48 Stunden Zeit

Aufnahmen werden nur bis zum Ablauf von 48 Stunden gespeichert. Danach werden sie überschrieben, wie es der Datenschutz vorsieht. Die Aufnahmen von Tatorten werden jedoch über diese Zeit hinweg abgespeichert, wenn in der Zwischenzeit eine Anzeige bei der Polizei eingegangen ist. Nur die Polizei kann auf Grundlage einer Anzeige, die Sicherung veranlassen, und das rund um die Uhr. Laut Thomas Neuendorf, stellvertretender Pressesprecher der Polizei Berlin, geschah eine solche Sicherung bei der BVG im Jahr 2017 in insgesamt 5.387 Fällen. Von der S-Bahn Berlin liegen leider keine Zahlen vor.

Verwendung des Bildmaterials

Die Aufnahmen von Videoüberwachungen werden hinzugezogen, wenn es darum geht, Beweise zu sichern oder den Tatablauf zu klären. „Nur ein geringer Teil der Aufnahmen wird für Öffentlichkeitsfahndungen verwendet“, so Thomas Neuendorf.

Auf jeden Fall wird, wenn eine Anzeige bei der Polizei vorliegt, die Sicherung des Bildmaterials „unverzüglich“ erfolgen.

Wann kommt es zu einer Öffentlichkeitsfahndung?

Doch Videoüberwachung ist kein „Wundermittel“ – schon gar nicht gegen Homophobie und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Einer Öffentlichkeitsfahndung sind enge Grenzen gesetzt. Bevor das überhaupt in Erwägung gezogen wird, müssen andere Mittel der polizeilichen Ermittlungsarbeit ausgeschöpft worden sein.

Eine Anfrage bei der Polizei ergab, dass eine „erhebliche Straftat“ vorliegen muss, bevor eine Öffentlichkeitsfahndung in Betracht kommt. Was heißt das konkret? Auf unsere nochmalige Nachfrage, was das bedeutet, heißt es bei der Polizei: „Die [Gesetzes-] Kommentare erklären: Eine Straftat hat ‚erhebliche Bedeutung‘, wenn sie mindestens dem Bereich der mittleren Kriminalität zuzurechnen ist, den Rechtsfrieden empfindlich stört und geeignet ist, das Gefühl der Rechtssicherheit der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen.“

Ob es darüber hinaus Richtlinien bei der Polizei Berlin gibt, war nicht zu erfahren.

Eine Öffentlichkeitsfahndung, die dann ausgelöst wird, muss gemäß § 131c Absatz 1 Satz 1 StPO letztlich von Richter*innen – bei Gefahr in Verzug auch von der Staatsanwaltschaft und ihren Ermittlungspersonen – entschieden werden.

Handlungsmöglichkeiten bei Gefahr

Videoüberwachung kann abschrecken oder auch Gefährdungen auflösen. In jedem Bahnhof der BVG gibt es die roten Notrufknöpfe an den Servicesäulen, die einen, wenn man sie drückt, ohne Wartezeit mit der BVG-Leitstelle verbindet. Der Mitarbeitende kann sich dann anhand der installierten Kameras ein Bild von der Situation vor Ort machen. Außerdem hat er – und das kann wichtig sein – die Möglichkeit, akustisch in die Situation einzugreifen und Täter*innen per Lautsprecher mitzuteilen, dass sie gesehen werden und keinen „Stress“ machen sollten. Sollte ein Polizeieinsatz notwendig werden, kann dieser direkt von der Leitstelle aus veranlasst werden. Übrigens ist ein*e Polizeibeamt*in in der BVG-Leitstelle immer anwesend und kann nötige Maßnahmen ohne Zeitverzögerung einleiten. Auch in den BVG-Fahrzeugen ist es möglich, durch Betätigen der Notrufeinrichtung das gleiche Prozedere auszulösen. Auch der Fahrzeugführende hat eine Verbindung zur Leitstelle und kann gegebenenfalls auch direkt in das Geschehen eingreifen.

Wenn zum Schluss nur die Empörung von Opfern und Zeug*innen übrig bleibt, vielleicht noch verbunden mit entsprechenden üblen Kommentaren auf facebook gegen die Täter*innen oder auch

Gruppen, denen sie vermeintlich angehören, und Betroffene nicht Anzeige erstatten, dann bleiben nur Frustration oder auch Wut übrig, vielleicht auch noch unter facebook-Nutzer*innen, die nicht zur Konfliktlösung beitragen, sondern geeignet sind, Konflikte darüber hinaus auch noch anzuheizen.

Wichtig ist es, Anzeige zu erstatten und Täter*innen das Signal zu geben, dass sie für ihre Taten verantwortlich sind und sie mit Konsequenzen rechnen müssen.

Solidarität zeigen!

Überdies ist man selten wirklich ganz allein in den öffentlichen Verkehrsmitteln. Wichtig ist, Menschen direkt anzusprechen und Hilfe einzufordern, eben auch den Notruf zu betätigen.

Wichtig ist, Solidarität zu zeigen und Mitmenschen, die in Not sind, zu helfen. Auch Zeug*innen können den Notruf betätigen und mit dazu beitragen, Schlimmes zu verhindern, ohne sich selbst gefährden zu müssen.

Gebt Hinweise! Meldet Straftaten!

Anzeigen und Hinweise nimmt jede Polizeidienststelle und die Internetwache der Polizei <https://www.internetwache-polizei-berlin.de/> entgegen. Hinweise und Meldungen können und sollen immer auch an MANEO weitergegeben werden, auf Wunsch auch anonym: www.maneo.de/report

In 2017 gab es 25 Öffentlichkeitsfahndungen zu Straftaten in Fahrzeugen und Gebäuden der öffentlichen Verkehrsmittel.

5 Täter*innen haben sich daraufhin gestellt.
9 Täter*innen konnten durch Hinweise ermittelt werden.
11 Mal wurde die Öffentlichkeitsfahndung in Ermangelung von Hinweisen eingestellt.

Quelle: Thomas Neuendorf, stellvertr. Pressesprecher Polizei Berlin

Der MANEO-Fachbeirat stellt sich vor

GÜNTER GRAU



Dr. Günter Grau arbeitete an den Instituten für Geschichte der Medizin der Universitäten Leipzig und Berlin zu Aspekten der Strafverfolgung der Homosexualität unter dem NS-Regime sowie in beiden deutschen Nachkriegsstaaten. Er veröffentlichte zahlreiche Zeitschriftenbeiträge und Bücher, darunter das „Lexikon zur Homosexuellenverfolgung 1933-1945“ (2009) und war Mitglied in diversen gesellschaftlichen Gremien, darunter im Beirat der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld (bis 2015). Er ist seit 2011 Mitglied im Beirat von MANEO.

„Die strafrechtliche Verfolgung der Homosexualität prägte über hundert Jahre die gesellschaftliche Situation Männer begehrender Männer in Deutschland. Seit Ende des 19. Jahrhunderts von Gerichten zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt, unter dem Terrorregime der Nationalsozialisten auch in Konzentrationslager eingewiesen, sind ihre Schicksale Beispiele für Verletzungen von Würde und Menschenrecht und mahnen nachfolgende Generationen, für ein „Nie-Wieder“ zu kämpfen.

Auch wenn die Strafverfolgung der Homosexualität heute der Vergangenheit angehört, sind Vorurteile gegenüber Homosexualität nach wie vor virulent. Sie äußern sich in Diskriminierungen und Gewaltakten gegenüber homosexuellen Männern, die in zahlreichen Städten immer wieder registriert werden. Das schwule Anti-Gewaltprojekt MANEO leistet als Opferhilfe und Netzwerker seit vielen Jahren eine Arbeit, die in ihrer Wirkung für Berlin einmalig ist und inzwischen auch beispielhaft auf andere Städte abstrahlt. Integriert in die Öffentlichkeitsarbeit von MANEO ist das Gedenken an die Schicksale von Berliner Männern als Opfer der Justiz, um daran mitzuwirken, dass ihre Leiden nicht in Vergessenheit geraten. Deshalb unterstütze ich die Arbeit von MANEO.“

Seit 2005 hat MANEO einen ehrenamtlichen Fachbeirat. Diesem gehören derzeit 20 Frauen und Männer an, Lesben, Schwule und Heterosexuelle, u.a. Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D., Lala Süsskind, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin a.D., Seyran Ateş, Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin, Bruno Gmünder, Unternehmer, André Schmitz, Kulturstaatssekretär des Landes Berlin a.D. und Werner Gegenbauer, Präsident von Hertha BSC Berlin. In unseren Kurzinterviews stellen sie sich vor und erklären, warum sie sich für MANEO engagieren.



MANEO – DAS SCHWULE ANTI-GEWALT PROJEKT IN BERLIN
wurde 1990 gegründet und ist in vier Arbeitsfeldern tätig:
MANEO – THE GAY ANTI-VIOLENCE PROJECT IN BERLIN
was founded in 1990 and is active in four key areas:

► OPFERHILFE / VICTIM SUPPORT

Schwule und männliche Bisexuelle, die von Diskriminierung und Straftaten betroffen sind, werden beraten und unterstützt; täglich von 17-19 Uhr Erstberatung. MANEO kooperiert mit weiteren Opferhilfeeinrichtungen.

Advice, counselling and support is available to gay and bisexual men who have become victims of discrimination or violent crime. Initial counselling is offered daily from 5-7pm. MANEO also works in co-operation with other victim support centres.

► MELDESTELLE / REPORTING POINT

Insbesondere vorurteilsmotivierte, homophobe Gewalttaten werden in Berlin erfasst, Ergebnisse werden in einem Jahresbericht veröffentlicht.

Recording acts of violence: In particular, we record acts of prejudice-motivated homophobic violence that take place in Berlin. Results are published in an annual report.

► GEWALTPRÄVENTION / VIOLENCE PREVENTION

Die Öffentlichkeit wird über Homophobie und Hassgewalt informiert, Szenen auf Gefahren hingewiesen, Akteure vernetzt. MANEO fördert den Dialog mit den Strafverfolgungsbehörden in Berlin.

Information about homophobia and hate violence is made publicly available, LGBT* scenes are informed of current risks and dangers and stakeholders are brought together in networks. We also encourage dialogue with criminal prosecution bodies in Berlin.

► EMPOWERMENT

Selbstbewusstsein und Selbstbehauptung werden gestärkt, bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Mitarbeit mobilisiert.

Empowerment: We strengthen self-confidence and self-assertion and Empowerment mobilise civic engagement on a voluntary basis.

MANEO – DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN | EIN EIGENSTÄNDIGES PROJEKT VON MANN-O-METER E.V.
Bülowsstraße 106, 10783 Berlin | www.maneo.de | 030-2163336 | maneo@maneo.de
Spendenkonto: Mann-O-Meter e.V. | IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00 | BIC: BFSWDE33BER | Zweck: Opferhilfe,
Spenden sind steuerabzugsfähig. Für die Erstellung einer Spendenbescheinigung bitten wir um eine Benachrichtigung.

Foto: Berlin, 27.07.18 – Hissung der Regenbogenflagge vor dem Polizeabschnitt 41 in der Gothaer Str. in Schöneberg. Uwe Berndt, Leiter Polizeabschnitt 41 (li.), bereitet mit einem Mitarbeiter die Hissung der Regenbogenflagge vor.



Gewaltprävention

REGENBOGEN- FLAGGE ZUM ERSTEN MAL VOR DEM POLIZEI- ABSCHNITT 41 GEHISST

Manche glaubten ihren Augen nicht. Doch, es geschehen noch Zeichen und Wunder. Zum ersten Mal wehte die Regenbogenflagge vor dem Polizeabschnitt 41 in der Gothaer Straße in Schöneberg, jenem Polizeabschnitt, der für den Regenbogenkiez zuständig ist. Der Leiter des Abschnitt, Uwe Berndt, machte es am Freitag, 27.07.18, einen Tag vor dem diesjährigen Berliner CSD, möglich. Er legte selbst Hand an, unterstützt und begleitet von Kolleginnen und Kollegen seines Abschnitts, Sebastian Walter, MdB (Die Grünen), Svetlana Linberg, Beauftragte der Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg für queere Lebensweisen und Rechtsextremismus, den LSBTI-Ansprechpersonen der Polizei Berlin und Mitarbeitern von MANEO.

Empowerment

MITTEN IM REGENBOGENKIEZ

EINST STAND HIER DIE WELTBERÜHMTE „SCALA“



Kaum noch weiß jemand, dass einst die Weltberühmte „Scala“ in der Martin-Luther-Straße 14-18 stand, auf der westlichen Seite zwischen Motzstraße und Fuggerstraße. Früher hieß hier die Straße einfach nur Lutherstraße. Die trostlose Häuserfront lässt heute kaum mehr erahnen, dass hier einst das weltberühmte Varietétheater stand, ein Palast, der an einem Abend gut 1.000 Besucher aufnehmen konnte.

Die Idee des Varietés gelangte ab etwa 1890 auch nach Deutschland, in einer Zeit, in der bereits im ‚Moulin Rouge‘ in Paris Röcke herum wirbelten und Cancan getanzt wurde. Die „Scala“ brach dann radikal mit dem Varieté des 19. Jahrhunderts und setzte neue Maßstäbe. Das Varieté bot eine „bunte Mischung aus Theater, Zirkus und Tanz... in schummrigen Licht, mit teils pompöser Ausstattung und begleitet von Speis und Trank.“ „Waghalsige Menschen schwangen sich hier von Trapez zu Trapez, Akrobaten zeigten ihre Künste, Tänzer drehten sich über die Bühne, Dresseure führten ihre Tiernummern vor, todesmutige Artisten setzten ihr Leben aufs Spiel. Große Künstler und bekannte Namen wie die Sängerin Claire Waldoff, die Clowns Charlie Rivel oder Grock, die Comedian Harmonists traten in der „Scala“ auf, feierten Welterfolge.“¹

¹ „Berliner Scala: Gedenken ans Amüsemang“, DW, 24.07.2018. <https://www.dw.com/de/berliner-scala-gedenken-ans-amüsemang/a-44804249>



Foto: Die am 27.07.2018 eingeweihte Stele an der Martin-Luther-Straße 14-18, mit der daran erinnert wird, dass hier einst die weltberühmte „Scala“ stand.

Mit ihrem Programm verkörperte die „Scala“ die sogenannten Goldenen Zwanziger in Berlin: „... und abends in die Scala“ war ein geflügeltes Wort jener Zeit.

Wer sich im Berliner Nachtleben der 20er-Jahre vergnügen wollte, ging in die Friedrichstraße. „Zur gleichen Zeit – Berlin wandelte sich damals zur Großstadt – entstand im ‚Neuen Westen‘ ein zweites, exklusives Vergnügungsviertel: vom Nollendorfplatz über die Tauentzienstraße bis zum Kurfürstendamm. ... In diesem neuen Wohngebiet des gehobenen Mittelstands eröffnete zuerst das Theater am Nollendorfplatz, das zunächst „Neues Schauspiel“ hieß und später als „Piscator-Bühne“ Weltgeltung erlangte. Es folgten Bars, Cafés und Kabarett und mit der Errichtung des Kaufhauses des Westens (KaDeWe) entwickelte sich 1907 zugleich ein luxuriöser Einkaufsbezirk. Im Jahr darauf entstand dort jener Vergnügungspark, in dem am 2. September 1920 die ‚Scala‘ bei einer ausverkauften Eröffnungsvorstellung Premiere feiern sollte.“²

Gegründet wurde die Bühne von überwiegend jüdischen Geschäftsleuten, darunter Persönlichkeiten wie der niederländische Flugzeugbauer Anton Herman Gerard Fokker und der Verleger und Kinobetreiber Karl Wolffsohn. Führende Hand der im Rahmen einer GmbH betriebenen Unterhaltungsstätte war der gelernte Bankkaufmann Jules Marx (1882-1944). Ab 1933 wurde mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten die „Scala“ durch das Hitler-Regime „arisiert“. „Der Kreditgeber, die Dresdner Bank, kündigte den jüdischen Gründern die Zusammenarbeit, ‚arische‘ Geschäftsleute übernahmen die ‚Scala‘. Wegen der jüdischen Herkunft der Gesellschafter, der meisten leitenden Mitarbeiter und vieler Künstler gingen die Nazis mit Boykottaufrü-

²) „Varietétheater ‚Scala‘ - Erinnerung an eine Welt-Bühne“. Berliner Morgenpost, 27.07.2018. <https://www.morgenpost.de/bezirke/tempelhof-schoeneberg/article214942367/Variete-theater-Scala-Erinnerung-an-eine-Welt-Buehne.html>

fen und Störaktionen gewaltsam gegen das Varieté vor. ... Auf persönliche Anweisung von Goebbels wurden im Oktober 1939 fünf Angehörige der ‚Scala‘ – der Musiker Otto Stenzel, die Sängerin Anita Spada-Kambeck, der Pressechef Will Meyer, der Conférencier Heinz Heimsoth und eine weitere Mitarbeiterin – festgenommen und in Konzentrationslager gebracht.“³ Marx musste die Geschäftsführung niederlegen und verließ Deutschland. 1939 wurde er in Frankreich inhaftiert und kam 1943 im KZ Sachsenhausen zu Tode. 1943 wurde die „Scala“ in einem Bombenangriff zerstört.

Auf Anregung des Historiker Michael Wolffsohn, Enkel von Karl Wolffsohn, sollte bereits 2015 eine Gedenktafel an dem historischen Ort angebracht werden. Nun, am 24.08.2018 wurde schließlich eine Stele aus Glas, eingefasst mit einem Metallrahmen, eingeweiht – etwas klanglos und ohne größere öffentliche Aufmerksamkeit. Sie steht unmittelbar vor dem Bio-Supermarkt auf dem Bürgersteig. Auf dem Glas erzählt nun ein Text auf Deutsch und Englisch die Geschichte der „Scala“, illustriert mit fünf historischen Fotos.

³) „Der lange Weg zur Infotafel“. Berliner Morgenpost, 27.07.2018. <https://www.morgenpost.de/berlin/article214942625/Der-lange-Weg-zur-Infotafel.html>



Foto: Eingang zur ‚Scala‘ an der damaligen Lutherstraße, heute Martin-Luther-Straße 14-18. Foto: © akq-images.



Internationale Vernetzung

FÜR HERAUSRAGENDES ENGAGEMENT DIE EUROPÄISCHEN TOLERANTIA AWARDS 2018

Die europäischen TOLERANTIA AWARDS werden als Gemeinschaftspreis der Organisationen MANEO (Deutschland), SOS homophobie (Frankreich), Lambda-Warszawa (Polen), The Rainbow Project (Nordirland) und Pink Cross (Schweiz) vergeben, in diesem Jahr am 5. Oktober in Paris. Geehrt werden in die-

sem Jahr aus den fünf Ländern: Johannes Kram, Schriftsteller, Textdichter, Blogger und Marketingstrategie (Deutschland), Christiane Taubira, ehemalige französische Justizministerin (Frankreich), Die polnische LGBT+ Community (Polen), Bronagh Waugh, Schauspielerin (Nordirland), und Kathrin Bertschy, Nationalrätin der Grünliberalen Partei der Schweiz (Schweiz).



DIE PREISTRÄGER*INNEN VON 2018 SIND:



Deutschland
JOHANNES KRAM

Johannes Kram. Foto: Johannes Kram

Johannes Kram lebt in Berlin – und er ist vieles: Autor, Textdichter, Blogger und Marketingstrategie. Und er war schon vieles: Manager des Boxers Henry Maske zum Beispiel – und des ESC-Teilnehmers Guildo Horn („Guildo hat Euch lieb“).

Wie Guildo Horn stammt Johannes Kram aus dem katholischen Trier in Rheinland-Pfalz, dessen gesellschaftlich-geistige Verfasstheit junge Homosexuelle offenkundig dahingehend prägte, dass sie sich fürderhin mit größtmöglichem Einsatz für die Gleichstellung und gegen die Diskriminierung von LGBTI einsetzen. Zumindest wäre dies ein möglicher Erklärungsansatz für das außergewöhnliche Engagement Krams.

Der heute 51jährige hatte Trier bereits in den Neunziger Jahren in Richtung Köln verlassen – nicht ohne zu Hause an der Mosel diverse libertäre Einrichtungen des Nachtlebens zu hinterlassen, die dort noch heute Legende sind. Auch dies eine handfeste Art, die Welt zu verbessern.

In Köln arbeitete er fürderhin als Texter, Veranstalter und Produzent diverser Musikprojekte. Und wurde nach seinem nächsten Umzug in Richtung Berlin verstärkt selbst künstlerisch tätig. Zu seinen bekanntesten Werken gehört das Theaterstück „Seite 1“, das sich kritisch mit der Wirkmacht der Medien beschäftigt. Und die „Operette für zwei schwule Tenöre“, die er zusammen mit dem Malediva-Komponisten Florian Ludewig verfasst hat.

In Berlin hatte sich Johannes Kram von Anfang an im Schöneberger Regenbogenkiez niedergelassen, der ihn ab dem Jahr 2008 inspirierte, das „Nollendorfblog“ zu schreiben, das sich meinungsstark mit den aktuellen Belangen der LGBTI-Welt

auseinandersetzt - und 2016 sogar eine Nominierung für den Grimme Online Award erhielt. Kram wurde zu einer wahrnehmbaren Stimme der Community. Er initiierte den „Waldschlösschen-Appell“ gegen Homophobie in den Medien und wurde zudem Kolumnist beim medien- (und vor allem auch BILD-) kritischen Watchblog „BILDblog“, wo er die Rolle von Minderheiten in der Berichterstattung hinterfragt.

Schließlich, im März 2018 erschien sein Buch „Ich hab ja nichts gegen Schwule, aber – Die schrecklich nette Homophobie in der Mitte der Gesellschaft“ im Querverlag. Ein Buch, das weit über die Kreise der Community hinaus Beachtung fand.

Nachdem Johannes Kram dieses Buch in die Welt gesetzt hatte, musste er zunächst nach Trier, wurde dort doch anlässlich des Marx-Geburtstages sein Theatermonolog „Marx! Love! Revolution!“ aufgeführt. Selbstverständlich mit großem Erfolg. Als Mann des Marketings weiß er nicht nur, wie man ein Produkt verkauft – er weiß, wie man komplexe Probleme verständlich macht. Johannes Kram ist ein Übersetzer. Er schaffte es, dass Menschen zuhören. Er vermag Menschen miteinander ins Gespräch zu setzen. Und er setzt sich dafür ein, dass diese Gesellschaft eine bessere wird. Und das nicht nur, aber auch in Trier.

Johannes Kram ist ein Tausendsassa – ein Mann mit außergewöhnlich vielen Talenten. Wir würdigen ihn dafür, dass er diese so konsequent und über die Jahre für die Belange von LGBTI eingesetzt hat. Johannes Kram ist mit seinen Interventionen gelungen, die Anliegen der Community in das 20. Jahrhundert hinüberzutragen und für ein jüngerer (und breiteres) Publikum zugänglich zu machen.



Christiane Taubira. Foto: SOS homophobie

Christiane Taubira (geb. 1952 in Französisch-Guayana), ist eine französische Politikerin. Sie begann ihre politische Laufbahn als unabhängige politische Aktivistin und war Mitbegründerin der Walwari Partei von Guayana. Als Abgeordnete für Guayana in der französischen Nationalversammlung (1993 bis 2012) war sie die treibende Kraft hinter dem Gesetz, in dem Frankreich den vom 15. Jh. an betriebenen Sklavenhandel sowie die Sklaverei gegen die afrikanischen, amer-indianischen, madagassischen und indianischen Bevölkerungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannte. Das Gesetz wurde am 21. Mai, 2001 vom französischen Parlament verabschiedet und erhielt ihren Namen.

Sie gab ihr Mandat als Abgeordnete von Guayana auf, als Francois Hollande 2012 zum Präsidenten gewählt wurde und sie zur Justizministerin ernannte. Sie war Befürworterin eines Gesetzes zur Legalisierung der Ehe und Adoption für gleichgeschlechtliche Paare, welches sie als "réforme de civilisation" bezeichnete. Während der parlamentarischen Debatten erntete sie viel Respekt für ihre kraftvollen Reden, in denen sie auf die Wichtigkeit einer nationalen und gesetzlichen Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Beziehungen und Elternschaft hinwies. Am 23. April 2013 verabschiedete die Nationalversammlung die Gesetzesvorlage und am 17. Mai 2013, der Internationale Tag gegen Homophobie, Trans*phobie und Biphobie, wurde das Gesetz von Präsident Hollande unterzeichnet.

Dieses Jahr feiern wir das 5. Jubiläum der Unterzeichnung dieses Gesetzes, und für die Mitglieder von SOS homophobie war es nahe liegend, den diesjährigen TOLERANTIA AWARD an Christiane Taubira zu verleihen. Es ist dank ihrem hartnäckigen Engagement für dieses Gesetz, dass gleichgeschlechtliche Paare die staatliche Anerkennung und Gleichstellung erhalten haben.

Während der parlamentarischen Debatten haben die Gesetzesgegner im ganzen Land eine massive homophobe Hetzkampagne gegen die LGBT Community und gleichgeschlechtliche Familien betrieben (in 2012 und 2013 hat SOS homophobie 78% mehr Meldungen von homophob und trans*phob motivierten Vorfällen erhalten als im Jahr zuvor). Christiane Taubira hat trotz dieser Attacken ihr Ziel, Gleichstellung für gleichgeschlechtliche Paare zu erlangen, weiterhin heldenhaft verteidigt, ein Ziel, das die französische LGBT Bewegung seit Jahren verfolgt. In der Nationalversammlung und während der Debatten verkörperte Christiane Taubira die Prinzipien der Gleichheit und Respekt gegenüber LGBT Personen, und dies in einer Zeit, in der viele unter ihnen wegen ihrer sexuellen Orientierung erniedrigt, beleidigt und angegriffen wurden. Die Verabschiedung dieses Gesetzes ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer rechtlichen Gleichstellung und Anerkennung von LGBT Personen.

Mit diesem Award möchten die Mitglieder von SOS Homophobie ihren außergewöhnlichen Mut und ihr Engagement würdigen. Dank ihrer Standhaftigkeit haben LGBT Personen Rechte erhalten, die ihr Leben auf markante Weise verändert haben.



Demonstration außerhalb des Sitzes des polnischen Präsidenten in Warschau. © Foto: Miłość Nie Wyklucza.

„Lambda Warszawa“ – die älteste polnische Organisation, die sich für die Interessen von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Trans*gender einsetzt – entschloss sich 2018 der gesamten polnischen LGBT+-Community, die seit 2016 in Massen mit Regenbogenfahnen Flagge zeigt, um in Polen den Rechtsstaat zu verteidigen, den Award zu verleihen.

Damit bricht „Lambda Warszawa“ das erste Mal mit der Tradition eine Person auszuzeichnen, die sich auf besondere Weise verdient gemacht hat, um Akzeptanz zu erreichen und Diskriminierung und Gewalt gegen LGBT+-Menschen entgegenzuwirken.

Dazu hat uns die spezielle Lage, in der sich unser Land heute befindet, geführt. Diese entstand dadurch, dass wir nunmehr seit drei Jahren von einer Partei regiert werden, die mit den europäischen Prinzipien des Respektierens der Gewaltenteilung, vor allem der Unabhängigkeit der Richterschaft, und der Einhaltung der Minderheitenrechte, bricht; von einer Partei, die gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Paaren und Ehepaaren nicht anerkennen will; von einer Partei, die den wachsenden Hass gegen LGBT+-Menschen nicht sehen will und nicht beabsichtigt, dieses Problem zu lösen.

Das massenhafte Auftauchen von Regenbogenfahnen auf Protesten, um die Demokratie und den Rechtsstaat zu verteidigen, sorgte zunächst für Befremden unter den vielen Protestlern, aber die Entschlossenheit unsere Anwesenheit auch zu zeigen brachte einen bedeutsamen sozialen Wandel. Die Regenbogenfahne – das Symbol der LGBT+-Community wurde sichtbarer und erkennbarer, und die LGBT+-Community wurde zunehmend als Teil des allgemeinen Pro-Demokratie-Lager verstanden. Das ist eine wichtige Veränderung, die dank hunderter LGBT+-Menschen, die sich an den Protesten und Demonstrationen beteiligten, einsetzte.

Heutzutage ist niemand mehr überrascht von der Tatsache, dass Regenbogenfahnen nicht nur während der Pride-Märsche und –Paraden wehen, sondern überall dort, wo die polnische Gesellschaft die Verfassung der Rzeczpospolita Polska (Republik Polen) und Grundprinzipien der Demokratie – die Dreiteilung der Gewalten und die Befolgung von bürgerlichen Rechten verteidigt.

Aus diesen eben genannten Gründen entschloss sich „Lambda Warszawa“ den TOLERANTIA-AWARD 2018 der gesamten LGBT+-Community zu verleihen.



Nordirland

BRONAGH WAUGH

Bronagh Waugh. Foto: The Rainbow Project

Bronagh Waugh ist eine nordirische Schauspielerin, vor allem bekannt in der Rolle als ‚Cheryl Brady‘ in der Soap-Staffel ‚Hollyoaks‘ auf Channel 4. Sie hat außerdem in Rollen bei ‚Doctor Who‘, ‚Supernatural‘ und ‚The Fall‘ mitgespielt. Sie war Gastgeberin des TOLERANTIA AWARDS 2016 in Belfast.

Mit ihrer Nominierung würdigen wir ihre herausragende Unterstützung der ‚Equal Marriage‘-Kampagne, ihre anhaltende Unterstützung für LSBT*-Bürgerrechte, vor allem auch sie als Bündnismitglied der LSBT Community in Nordirland. Sie hat zwei Demonstrationen mit jeweils 20.000 Personen veranstaltet, mit denen die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe in Nordirland gefordert wurde. Sie hat sich unermüdlich eingesetzt und auch ihre Prominenz als Schauspielerin dazu genutzt, die Ungleichberechtigung von LSBT* in Nordirland anzuprangern.

„Es ist ein Menschenrecht die Person zu heiraten, die man liebt. Ich kann es nicht ertragen, wenn Gruppen von Menschen in unserer Gesellschaft ungleich behandelt werden. Ich bekomme es nicht in den Kopf, wenn einem Teil der Gesellschaft gestattet wird zu heiraten, der anderen jedoch nicht. Es schadet niemandem. Es geht doch um Liebe. Nichts ist reiner, strahlender, ehrlicher und herrlicher, als einen anderen Menschen zu lieben“, sagte Bronagh Waugh.

Als ‚The Rainbow Project‘ fühlen wir uns geehrt, die Schauspielerin Bronagh Waugh mit dem nordirischen TOLERANTIA AWARD 2018 auszuzeichnen. Sie ist eine standhafte Bündnispartnerin der LSBT* Community in Nordirland und eine fortgesetzte Fürsprecherin, die gleichgeschlechtliche Ehe ins nordirische Rechtssystem aufzunehmen. Wir wissen, dass Bronagh Waugh diese Gelegenheit nutzen wird, um sich weiter für die volle Gleichberechtigung für LSBT* in Nordirland einzusetzen.



Schweiz

KATHRIN BERTSCHY

Kathrin Bertschy. Foto: Pink Cross

Kathrin Bertschy ist Nationalrätin der Grünliberalen Partei der Schweiz. Als Parlamentarierin setzt sie sich mit starker Stimme für einen Rechtsstaat ein, der allen Bürger*innen die gleichen Rechte zugesteht und keine Diskriminierungen zulässt. Mutig und kämpferisch hat sie 2013, in einer Zeit, in der durch eine Volksinitiative die Gefahr bestand, die Ehe als Verbindung von Frau und Mann in der Verfassung festzuschreiben, einen parlamentarischen Vorstoss für die Ehe für alle eingereicht. Sie hat somit klar ein Gegengewicht gesetzt zu gesellschaftspolitisch konservativen Kräften. Der politische Vorstoß hat in der Schweiz die Politik aufgerüttelt, endlich über die Ehe für alle politisch zu diskutieren, Gesetzesentwürfe vorzubereiten und diese Ungleichbehandlung abzubauen.

Kathrin Bertschy sucht mit unermüdlichem Einsatz den gesellschaftlich und politischen Diskurs mit dem Ziel einer offenen

und liberalen Gesellschaft. In ihrem gesellschaftspolitischen Engagement zieht sie die Community stets ein und über diese starke Koalition wurde erreicht, dass die Ehe für alle in der Bevölkerung mittlerweile eine hohe Zustimmung erfährt. Noch sind wir nicht soweit, dass gleichgeschlechtlich Liebende auch heiraten können. Doch auch nach fünf Jahren wird sie nicht müde, sich für eine liberale Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Rechte haben, einzusetzen.

Wir ehren Kathrin Bertschy für ihr Engagement für gleiche Rechte und für die LGBT*-Community. Durch ihre Entschlossenheit und ihren Einbezug aller Aktivist*innen hat sie die Schweiz politisch herausgefordert, sich zu bewegen und die Ehe für alle zu öffnen.

Weitere Informationen: www.tolerantia-award.eu

EHRENAMT?

EHRENSACHE!

Wir suchen engagierte ehrenamtliche Mitarbeiter, die unsere Gewaltpräventionsarbeit unterstützen.

Bei MANEO verbinden sich hauptamtliche und ehrenamtliche Arbeit. In fast allen Bereichen der Projektarbeit sind ehrenamtliche Mitarbeiter beteiligt. Ohne ihr tatkräftiges Engagement wäre MANEO heute nicht das, was es heute ist: ein etabliertes, vielseitiges, anerkanntes und dynamisches Anti-Gewalt-Projekt. Für das Ehrenamt gelten bei MANEO Anforderungen und Standards, die für die Qualitätsentwicklung der Projektarbeit unabdingbar sind und deshalb auch sichergestellt werden.

➔Melde Dich! Schreibe uns

IMPRESSUM

MANEO - DAS SCHWULE ANTI-GEWALT-PROJEKT IN BERLIN

Ein eigenständiges Projekt von Mann-O-Meter e.V. // Bülowstraße 106, 10783 Berlin
Hotline: 030-2163336 // Email: maneo@maneo.de // Online: www.maneo.de

SPENDENKONTO:

Mann-O-Meter e.V. // IBAN: DE96 1002 0500 0003 1260 00 // BIC: BFSWDE33BER
(Bank für Sozialwirtschaft) // Zweck: Opferhilfe. // Spenden sind steuerabzugsfähig.
Für die Erstellung einer Spendenbescheinigung bitten wir um eine Benachrichtigung.

ERMÖGLICHT DURCH MITTEL DER LOTTO-STIFTUNG BERLIN.

